

# POTSDAMS ANDERE SEITEN

## LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE DEZEMBER 2023 | 19. JAHRGANG

### Potsdamer Linke beschließt Programm und stellt Kandidierende auf



Auf gleich zwei Versammlungen in den letzten zwei Wochen hat die Potsdamer Linke den Grundstein für die Kommunalwahl im Juni nächsten Jahres gelegt. Lesen Sie zu Programm und Kandidierenden auf den **SEITEN 3 und 7**.



**Unsere Grüße zum  
Schluss von 2023**

**Weiß wurde Potsdam  
schon Ende Novem-  
ber – auch im Park von  
Sanssouci (FOTO).**

**Das lässt auf ein zünfti-  
ges Fest hoffen.**

**Wir jedenfalls wünschen  
unseren Leserinnen und  
Lesern frohe Festtage  
und einen guten Rutsch  
ins Jahr 2024!**



**Demo für Gerechtigkeit**

Zehntausend Menschen, die in Potsdam für linke Politik demonstrieren. So etwas hat diese Stadt wohl länger nicht gesehen. Rund 10.000 Landesbeschäftigte zogen am 7. Dezember 2023 durch Potsdams Straßen, um für Gehaltsplus und Tarifverträge zu demonstrieren. Dabei ging es um die Gehälter von knapp 2,5 Millionen Beschäftigten bei den Bundesländern.  
**SEITE 5**



**DIE LINKE auf bestem Weg**

Einstimmig haben wir unser Kommunalwahlprogramm beschlossen. Unsere Genoss:innen kamen im Humboldt-Gymnasium zusammen, um den Grundstein für die im Juni 2024 anstehende Wahl zur Stadtverordnetenversammlung zu legen. Und der Europaparteitag der LINKEN in Augsburg verabschiedete mit großer Mehrheit das Wahlprogramm zur Europawahl.  
**SEITE 7**

## RATHAUS REPORT

**Alternatives  
Amtsblatt der  
Fraktion Sozial.  
DIE LINKE.Potsdam**

**Der „Rathausreport“ im  
Innenteil**

Wir informieren über das Geschehen auf der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Dezember 2023. Weiter lesen Sie: über den Umzug der Stadtverwaltung, zur Wohnsituation von Geflüchteten, zur Schulentwicklung, zum Sportgeschehen und zu weiteren Fragen, Antworten und Beschlüssen der SVV.

**SEITEN I – IV**



für Dienstwagen und Kerosin brächte nach ihrer Rechnung 19,6 Milliarden Euro. Die Linke bringt darüber hinaus eine Erhöhung des Kapitals der staatlichen KfW-Bankengruppe ins Gespräch. Dies würde es erlauben, zinslose Kredite für Investitionen zu vergeben, sagte Wissler. Hintergrund ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das das Verschieben nicht genutzter Kreditermächtigungen aus der Corona-Krise in den Klima- und Transformationsfonds für unzulässig erklärt hatte. In der Folge fehlen 60 Milliarden Euro in der Finanzplanung des Bundes. Wissler sprach von einer der schwersten Regierungskrisen in der Geschichte der Bundesrepublik.

RND/Redaktion PaS

## Nach Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts Linke will Abgabe auf Privatvermögen ab zwei Millionen Euro

**Um den Haushalt zu entlasten, schlägt Die Linke eine einmalige Vermögensabgabe für Privat- und Betriebsvermögen vor. Auf diesem Weg will die Partei bis zu 300 Milliarden Euro einbringen. Dabei gilt die Regel: Je höher das Vermögen, desto höher die Abgabe.**

Zur Lösung der Haushaltskrise will Die Linke eine Vermögensabgabe, die letztlich bis zu 300 Milliarden Euro bringen soll. Belastet würden damit Privatvermögen über zwei Millionen Euro sowie Betriebsvermögen über fünf Millionen Euro, wie Linke-Chefin Janine Wissler sagte. Die Abgabe soll „progressiv“ gestaltet werden. Das heißt, je höher das Vermögen, desto höher die Abgabe. Wie viel im

Einzelnen abgeschöpft würde, sagte Wissler nicht. Die Abgabe fiel einmalig an, könnte aber über 20 Jahre in Raten abgezahlt werden, erläuterte sie. Betroffen wären nach ihren Worten rund 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland. Wissler wiederholte zudem die Forderung ihrer Partei nach Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz, um mehr Kredite für Investitionen aufnehmen zu können, etwa in Bildung, Bahn oder Klimaschutz. Eine „Übergewinnsteuer“ zum Beispiel für Lebensmittel- oder Energiekonzerne soll nach Vorstellungen der Linken 30 Milliarden Euro in die Kasse spülen. Die Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen wie Steuervorteile für Diesel,

# Teilen macht Spaß: Millionär- Steuer!

**DIE LINKE.**

[www.100-Prozent-sozial.de](http://www.100-Prozent-sozial.de)

### Deshalb fordert DIE LINKE

- 1 Eine gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.
- 2 Eine staatliche Energiepreiskontrolle und Regulierung der Energiepreise.
- 3 Die Einführung einer Übergewinnsteuer, die die übermäßigen Gewinne der Energiekonzerne abschöpft.
- 4 Die Einführung eines kostenfreien bzw. -günstigem Energiegrundkontingents und Verteuerung des darüber hinausgehenden Verbrauchs.

### Impressum

#### HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ - DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Pdm.

#### REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),  
Chefredakteur; Isabelle Vandré,  
Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe,  
Anna Nold

#### AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil  
veröffentlicht - Redaktion

**Die nächste PaS erscheint am  
01. Februar 2024**

#### LAYOUT

Sophie Sumburane

#### TELEFON der Redaktion

0176 / 327 93 65 9

#### E-MAIL

[info@medienpunktpotSDam.de](mailto:info@medienpunktpotSDam.de)

#### BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse,  
Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

#### BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil

veröffentlicht - Redaktion/Archiv

#### DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



# DIE LINKE nominiert Kommunalwahl-Kandidat:innen



IRIS BURDINSKI, SASCHA KRÄMER, TINA LANGE, ISABELLE VANDRE, JÖRG SCHINDLER, KONSTANTIN GRÄFE, SUSANNE ROSE, TOBIAS WOELKI, MICHÉL BERLIN UND STEFAN WOLLENBERG (V.L.N.R.) NACH IHRER NOMINIERUNG ZUSAMMEN MIT DER EHEMALIGEN POTSDAMER OBERBÜRGERMEISTERIN BRUNHILDE HANKE (BILDMITTE).

Die Linke.Potsdam hat am 9. Dezember ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl bestimmt. Wir freuen uns, dass wir den Wählerinnen und Wählern eine gute Mischung aus Kandidierenden aller Altersgruppen, mit unterschiedlichsten Berufen, aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen anbieten können.

Für die Auswahl unserer Spitzenkandidat:innen

waren die persönliche Integrität, die Vernetzung in der Stadtgesellschaft und Pluralität ihrer politischen Schwerpunkte sowie ihre Verlässlichkeit im politischen Konflikt entscheidend. Neben bereits stadtbekanntem Gesichtern befinden sich im 12er Spitzenteam auch Kandidierende, die zum ersten Mal in die Stadtverordnetenversammlung einzögen (siehe Kasten unten). Als Linke sind wir stolz so ein Team aufstellen zu können.

Mehr als einfach eine Ergänzung stellen die weiteren 60 Kandidierenden dar, die mit ihrem Namen für die Potsdamer Linke in allen sechs Wahlkreisen einstehen. Unser bereits vor zwei Wochen verabschiedetes Wahlprogramm (sh. S. 7) hat nun die geeigneten Personen, um es zu verkörpern und den Potsdamerinnen und Potsdamern nahe zu bringen.

## Kreisvorsitzende zum Austritt Hans-Jürgen Scharfenbergs

Während der laufenden Versammlung zur Aufstellung unserer Kommunalwahlliste erreichte uns die Nachricht des Austrittes des langjährigen Berufspolitikers Hans-Jürgen Scharfenberg aus unserer Partei. Der Kreisvorstand nimmt den Austritt von Hans-Jürgen Scharfenberg mit Bedauern zur Kenntnis. Herr Scharfenberg hat es leider nicht vermocht, nach der von ihm getragenen Spaltung unserer Stadtfraktion auf eines der zahlreichen Angebote einzugehen, die wir ihm in mehreren Gesprächen unterbreitet hatten. Der Kreisvorstand sowie die Fraktionsvorsitzenden Dr. Sigrid Müller und Stefan Wollenberg haben auch im Respekt vor der Lebensleistung Herrn Scharfenbergs die Wiederherstellung einer Fraktion aller Mitglieder der Linken fortwährend unterstützt. Zu einer Rückkehr in die gemeinsame Stadtfraktion war er nicht bereit und stellte stattdessen die Zahlung der verpflichtenden Mandatsträgerbeiträge ein. Eine Nominierung für unsere Wahlliste zur Kommunalwahl wäre aber nur unter dieser Bedingung möglich gewesen. Es ist unvorstellbar und unseren Wählerinnen und Wählern unzumutbar, dass Die Linke zur Kommunalwahl mit Kandidierenden aus konkurrierenden Fraktionen antritt. Wie jedes Mitglied hätte Herr Scharfenberg die Chance gehabt bei unserer Aufstellungsversammlung, die Mitgliedschaft um seine Aufstellung zu bitten. Diese demokratische Auseinandersetzung scheute er und erklärte stattdessen zeitgleich zu unserer Versammlung per E-Mail seinen Austritt.

Wir verstehen und teilen die Betroffenheit, wenn ein langjähriger Mitstreiter, der die Kommunalpolitik in Potsdam geprägt hat, unsere Partei verlässt.

Zugleich haben uns in den letzten Wochen viele neue Mitglieder als Ort gefunden, an dem sie als Linke für ein soziales, klimagerechtes und demokratisches Potsdam aktiv sein wollen. Geschlossen und als Team der Solidarität werden wir in Potsdam den Wahlkampf bestreiten.

Jörg Schindler und Iris Burdinski

### Wahlkreis 1 (Mitte)

Iris Burdinski und Tobias Woelki sind das jüngste Duo und verfügen trotzdem über weitreichende Erfahrung. Iris Burdinski ist Vorsitzende der Potsdamer Linke und Gewerkschaftssekretärin, Tobias Woelki ist Chemielaborant und setzt sich für insbesondere für Belange von Auszubildenden ein.

### Wahlkreis 2 (Nord)

Die Lehrerin Tina Lange ist bereits Stadtverordnete und Vorsitzende des Bildungsausschusses, der Sozialrechtsanwalt Jörg Schindler ist Vorsitzender der Potsdamer Linken und auch Landtagskandidat im Potsdamer Norden.

### Wahlkreis 3 (West und westliche Ortsteile)

Isabelle Vandre ist Landtagsabgeordnete und kultur- und hochschulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Der Politikwissenschaftler Konstantin Gräfe ist Vorsitzender des Ortsverbandes Potsdam-West.

### Wahlkreis 4 (Babelsberg, Zentrum Ost und Klein Glienicke)

Michél Berlin ist Regionalwissenschaftler, dem insbesondere die verlässliche Unterstützung von Vereinen und sozialen Projekten am Herzen liegt. Susanne Rose wird uns als parteilose Kandidatin und mit all ihrer Expertise als stellvertretende Kita-Leiterin unterstützen

### Wahlkreis 5 (Waldstadt, Schlaatz und Kolonie Daheim)

Dr. Anja Günther und Stefan Wollenberg sind bereits jetzt Stützen der Linken Fraktion. Anja Günther ist Expertin für Stadtentwicklung. Stefan Wollenberg ist Fraktionsvorsitzender und Waldstädter Urgestein.

### Wahlkreis 6 (Stern, DREWITZ, Kirchsteigfeld)

Sascha Krämer prägt bereits seit vielen Jahren die Potsdamer Stadtpolitik als verlässlicher Ansprechpartner für eine soziale Stadt. Marlen Block ist Anwältin und Landtagsabgeordnete, als Vorsitzende des Innenausschusses und leidenschaftliche Kämpferin für Soziale Gerechtigkeit.

Welche Möglichkeiten boten sich der Bevölkerung zu Beginn der Weimarer Republik in den Jahren 1919/20 auf der Suche nach Unterhaltung, Zerstreuung und Freizeitvergnügen? Diese Suche war für viele Menschen um so wichtiger, da das Ende des Ersten Weltkrieges und die harten Bedingungen des Versailler Vertrages tiefgreifende Erschütterungen für das zivile Leben in Deutschland mit sich gebracht hatten.

Aus dem Äther erklang als erste Testsendung auf Langwelle am 22. Dezember 1920 ein weihnachtliches Konzert mit klassischen Festtagsliedern. Dies war die Geburtsstunde des Rundfunks in Deutschland, eingeleitet mit der Ansage: »Achtung, Achtung – hier ist Königs Wusterhausen auf Welle 2700.« Gegeben wurde dieses Konzert von Angestellten der Deutschen Reichspost mit Klarinette und Harmonium, Streichinstrumenten und Klavier im Sendegebäude auf dem Mühlenberg, später »Funkerberg«, der Stadt Königs Wusterhausen. Die Qualität der Übertragung war schlecht. Knattern und Rauschen begleitete die Musikdarbietung. Hören konnten diese Übertragung nur offizielle Beauftragte der Deutschen Reichspost, da das Abhören von Funksignalen in Deutschland aufgrund des Ver-

sailler Vertrages verboten war. Gehört wurde das Konzert aber im Ausland, von einer unbekannt Zahl von »Schwarzhörern« ganz zu schweigen. Ähnliche musikalische Darbietungen wurden vom Sender Königs Wusterhausen auch in den nachfolgenden Monaten ausgestrahlt.

Insgesamt war dies ein denkwürdiger, ein erinnernswerter Tag, der für große Resonanz sorgte.

Von der ersten Musiksendung am 20. Dezember 1920 aus der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen bis zur Einstellung des Sendebetriebs im Berliner Funkhaus zum 31. Dezember 1991.

Heute befindet sich in den Sendegebäuden auf dem »Funkerberg« ein Museum. Von den ehemals 23 Sendemasten (FOTO) ist lediglich ein Mast erhalten geblieben und unter Denkmalschutz gestellt. Dieser Sendemast zierte das Wappen der Stadt Königs Wusterhausen.

Am 29. Oktober 1923 schließlich, das Verbot zum Abhören von Radiowellen war von den Alliierten aufgehoben worden, begann im Berliner Vox-Haus der offizielle Unterhaltungsrundfunk in Deutschland, und er fand rasante Verbreitung. Der Rundfunk, so die Feststellung

## „Hier ist Königs Wusterhausen auf Welle 2700...“

### Über die Geburtsstunde des Rundfunks in Deutschland



von Hans Bredow, dem seit April 1921 zuständigen Staatssekretär für das Telegrafien-, Fernsprech- und Funkwesen, solle einem »freudlosen Volk« Anregung und Freude bringen, es durch künstlerisch und geistig hochstehende Vorträge aller Art unterhalten. Er sollte mit seinen Sendungen

der geistigen Verarmung der Bevölkerung entgegenwirken, für Erholung und Zerstreuung sorgen und die Arbeitsfreude steigern. Schöne Prämissen – würden sie doch heute noch gelten...

Redaktion/b.m.

## Jahreswende 1918-19: Gründung der KPD



Am 24. Dezember 1918 fand am Berliner Schloss und am danebenliegenden Marstall ein geplantes Blutbad statt. Von den Fronten des Ersten Weltkrieges zurückgekehrte reguläre Truppen griffen auf Weisung des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert die revolutionäre Volksmarinedivision an, die

dort stationiert war. Ebert hatte über die geheime Direktleitung zwischen Reichskanzlei und Oberster Heeresleitung grünes Licht gegeben. Über diese Leitung hatte Ebert schon am 9. November, dem Tag der Revolution in Berlin, mit Generalquartiermeister Wilhelm Groener die Verabredung

getroffen, den »Bolschewismus« in Deutschland mit militärischen Mitteln zu bekämpfen. Am 24. Dezember wurde dieses Bündnis öffentlich sichtbar, es war der Wendepunkt der Revolution.

Vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 fand der Gründungsparteitag der KPD als »Reichskonferenz des Spartakusbundes« statt, der zur Trennung von der U.S.P.D. und zur Konstituierung einer selbstständigen Partei führte.

Am 30. Dezember 1918 konstituierten sich die Delegierten der Reichskonferenz des Spartakusbundes zum Gründungsparteitag der KPD. Der Parteitag tagte bis zum 01. Januar 1919 und fasste den nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse historisch bedeutsamen Beschluss: »Unter Lösung seiner organisatorischen Bezie-

hungen zur U.S.P. konstituiert sich der Spartakusbund als selbstständige politische Partei unter den Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).« Damit erhielt die deutsche Arbeiterbewegung endlich eine Partei, die entschieden an ihrer Seite stand, mit dem Ziel den deutschen Imperialismus zu stürzen und den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen.

Mit der KPD erhielt die deutsche Arbeiterklasse eine Partei, die für die Einheit der revolutionären Arbeiterbewegung kämpfte. 104 Jahre danach, erinnern wir uns voller Stolz und Achtung an dieses historische Datum!

**Trotz alledem!**

Redaktion/b.m.



# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Dezember 2023

## WOHNRAUM STATT TURNHALLEN - FÜR ALLE GEFLÜCHTETEN!



Im Mai 2023 hatten die Stadtverordneten der Errichtung einer provisorischen Unterkunft in Modulbauweise im Nedlitzer Holz (FOTO) für bis zu 570 Menschen zugestimmt. Die Realisierung soll im Rahmen des Sonderbauprogramms der Pro Potsdam erfolgen und auf max. 4 Jahre begrenzt sein. Hintergrund: Die vorhandenen Kapazitäten sind zu 90% ausgelastet. Die Einrichtung wird für eine menschenwürdige Unterbringung vom Geflüchteten also dringendst gebraucht.

Der Bau kann jedoch nicht wie geplant fertiggestellt werden. Das Verwaltungsgericht hat einen einstweiligen Baustopp verfügt. Deshalb ging es in einer auch von der Fraktion Sozial.DIE LINKE einberufenen Sondersitzung der SVV am 27.11. um einen Plan B: Wo können Geflüchtete wohnen, wenn die Anlage im Nedlitzer Holz verspätet oder gar nicht kommt? In diesem Kontext wurde noch einmal deutlich, wie falsch es war, dass eine Mehrheit der Stadtverordneten wiederholt den Abriss

des Staudenhofs beschlossen bzw. gegen einen Abrisstopp gestimmt hat. Diese Wohnungen fehlen nun! Unsere Fraktion hat in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, dass gesichert werden muss, die vom Land 2024 zugewiesenen Geflüchteten unter Verzicht auf eine Nutzung von Turnhallen unterzubringen. Dazu soll dem Hauptausschuss in seiner ersten Sitzung im Januar eine Kapazitäts- und Standortplanung vorgelegt werden. Sie soll die Vorzugsvariante unter Nutzung des

Nedlitzer Holzes bei einer für die Stadt positiven Gerichtsentscheidung enthalten, dass das Verwaltungsgericht zu Gunsten der Stadt entscheidet, also im Nedlitzer Holz gebaut werden kann, als auch Alternativen aufzeigen, wenn das nicht zugelassen wird. Eine Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, einschließlich SPD und Grüne lehnte die Dringlichkeit der Behandlung unseres Antrages aus nicht nachvollziehbaren, rein formalen Gründen ab. Dennoch ist es gelungen, dass unsere Forderungen beschlossen wurden. Wir haben sie in einen von der CDU gestellten Antrag als Ergänzung eingefügt. Diese Sondersitzung hat erneut gezeigt, dass sowohl eine Mehrheit der Stadtverordneten als auch die Verwaltung den festen Willen hat, alles zu tun, um die vor Krieg, Terror, politischer Verfolgung und Hunger Geflohenen in unserer Stadt willkommen zu heißen, ihnen ein neues Zuhause zu geben, ihnen den Start in ein menschenwürdiges, friedliches Leben zu ermöglichen. Das unterstützen wir nach Kräften.

*Dr. Sigrid Müller  
Fraktionsvorsitzende*

## Mit auf den Weg...



Das Jahr geht zu Ende, eigentlich sollte Ruhe und Besinnlichkeit einkehren in die Köpfe und in die Herzen. Doch sich zu entspannen ist für Viele nicht leicht in

diesen Zeiten. Alltagsorgen und Zukunftsängste lassen sich nicht einfach abstellen. Einige glänzen auch in der Weihnachtszeit mit besonders zynischem Agieren. Wie die AfD mal wieder in der letzten SVV-Sitzung dieses Jahres. Lautstimmiger Mieterschutz für den letzten verbliebenen Bewohner des Staudenhofs zu fordern, nachdem man zuvor wiederholt für den Abriss gestimmt hat – das ist schon eine spezielle Form von Perfidität! Ich meine: gerade in schwierigen Zeiten ist es notwendig, sich daran zu erinnern, dass eine Gesellschaft nur im Miteinander funktionieren kann, wenn alle das Gemeinwesen sehen und nicht jede:r nur die eigenen Interessen

im Blick hat. Das trifft im Großen wie im Kleinen zu.

Ist es wirklich normal, dass gegen Schulen, Sportplätze, Geflüchteten-Unterkünfte und Sozialeinrichtungen in Wohngebieten protestiert wird? Dass viele ausschließlich ihr eigenes Interesse zum Maßstab aller Dinge machen? Dass die Bereitschaft, auch Interessen und Bedürfnisse seiner Mitmenschen wahr- und ernstzunehmen, immer weiter sinkt? Ich meine, nein! Eine Stadt, die sich so dynamisch entwickelt wie Potsdam, braucht vielfältige und attraktive Angebote, von der Kinderbetreuung bis zur Pflege, für Kinder & Familien, für Junge

und Ältere. Und natürlich müssen diese da entstehen, wo die Menschen leben, wohnen und arbeiten. Wenn alle immer nur sagen: „Selbstverständlich – aber nicht vor meiner Haustür!“, kommen die notwendigen Angebote nicht – und wir alle keinen Schritt weiter! Wir werden uns auch im Neuen Jahr dafür stark machen, unsere Stadt im Miteinander zu entwickeln, zu einem Ort, an dem sich alle Potsdamer:innen wohl fühlen können. Und falls Sie uns dabei unterstützen möchten – Ihre Ideen und Anregungen sind uns stets herzlich willkommen!

*Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzender*



## Bildung und Sport im Blick

Sie gut einem Jahr habe ich die Ehre, den Potsdamer Ausschuss für Bildung und Sport (ABS) zu leiten. Diesem Gremium kommt insbesondere in einer wachsenden Stadt große Bedeutung zu, denn Potsdam braucht dringend neue Schulen, Sporthallen und Sportplätze. Die Flächen dafür sind rar und so erleben wir im Ausschuss häufig harte Verteilungskämpfe um Flächen und Mittel.

Gleichzeitig steht bei neuen Schulen immer die Diskussion um die richtige Schulform an – für uns eindeutig die Gesamtschule, die zu allen Bildungsabschlüssen führt, egal ob Berufsbildungs-, Fachoberschul- oder Hochschulreife. Doch neben den Zukunftsplanungen beschäftigen den Ausschuss auch immer die vorhandenen Schulen und Sportflächen – insbesondere, weil viele davon sanierungs- und ausbaubedürftig sind. Am besten ist es dabei, sich vor Ort selbst ein Bild zu machen und mit den Schulleiter\*innen und Nutzenden der Gebäude ins Gespräch zu kommen. Aus diesem Grund haben wir im ABS eine schon früher etablierte Tradition wiederbelebt: Den liebevoll genannten „Wanderzirkus“. Monat für Monat tagen wir flexibel in einer anderen Schule, immer verbunden mit einer Führung vor der Sitzung und einem Gespräch über diese am Anfang der Sitzung. So lernt der Ausschuss nach und nach die Schulen und deren Anliegen gut kennen und kann sich diesen dezidiert widmen. So konnten wir dieses Jahr u.a. an der neu gegründeten Grundschule am Telegrafenberg im Container, aber auch im Einstein-Gymnasium, dem OSZ Jägerallee, der Grundschule im Kirchsteigfeld, der Steuben-Gesamtschule und im Schulzentrum am Stern zu Gast sein. Im Dezember folgt noch die Fontane-Oberschule, um die es bei der Fortführung der Schulentwicklungsplanung große Aufregung gab – auch hier werden wir Stadtverordneten, Sachkundigen sowie Vertreter\*innen der schulischen Mitwirkungsgremien wie gewohnt rege diskutieren.

Tina Lange

## „Interessenvertretung Schlaatz“ gestartet



Engagierte Anwohner im Wohngebiet Schlaatz wurden zur Teilnahme an der „Interessenvertretung“ aufgerufen. Zur Initiierung wurden per Losverfahren 300 Schlaatzer persönlich angeschrieben. Die „Interessenvertretung Schlaatz“ steht aber allen Interessierten offen. Es gibt keine Obergrenze für die Teilnahme. Die Idee der „Interessenvertretung Schlaatz“ basiert auf dem von der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2021 be-

schlossenen Partizipationskonzept. Die Verwaltung hatte dieses Konzept zuvor gemeinsam mit den vier vor Ort tätigen sozialen Wohnungsunternehmen für den Stadtentwicklungsprozess 2030 erarbeitet („Karl Marx“ Potsdam, Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956, die Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft pbg und das kommunale Wohnungsunternehmen ProPotsdam). Unterstützt wird die „Interessenvertretung“ durch lokale Akteure wie Plan-

Labor und das Quartiersmanagement. Die erste Sitzung ist für Februar 2024 angesetzt. Das Ziel der „Interessenvertretung“ ist es, einen Beitrag zu einem verbesserten Zusammenleben im Schlaatz zu leisten. Sie soll eine schnelle und unbürokratische Kommunikation zwischen den Anwohner\*innen sowie den Wohnungsunternehmen und der Stadtverwaltung fördern. Mehr: [[www.wir-machen-schlaatz.de](http://www.wir-machen-schlaatz.de)]

## Beschlossen

### Berliner Kissen

Bei Berliner Kissen handelt es sich nicht um gemütliche Wohnaccessoires aus der Nachbarschaft, sondern um 6,5 cm hohe Plateauaufpflasterungen zur Geschwindigkeitsdämpfung innerhalb von Tempo-30-Zonen. Sie sind preiswert und können bei Bedarf einfach versetzt werden. Da Appelle an Autofahrer:innen insbesondere in Schul- und Kitabereichen langsam und bedacht zu fahren häufig nichts nutzen, wurde der Oberbürgermeister auf Antrag der Sozial.LINKEN beauftragt, zu prüfen, ob „Berliner Kissen“ vor Schulen und Kitas installiert werden können, um die Einhaltung der Geschwindigkeitsvorgaben abzusichern. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

### Vernetzung der LHP mit dem Climate Change Cen-

### ter (CCC) Berlin Brandenburg

Bereits seit einigen Jahren gibt es die Initiative Climate Change Center (CCC) Berlin Brandenburg. Das CCC ist ein inter- und transdisziplinäres Zentrum für Forschung und Wissenstransfer in dem, gemeinsam mit Vertreter:innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, an Lösungen gearbeitet wird, um Berlin und Brandenburg klimaneutral zu machen und an die Folgen der Klimakrise anzupassen. Die Besonderheit des CCCs ist der regionale Fokus. Da Brandenburg bisher kaum in der Initiative vertreten ist, wurde der Oberbürgermeister durch uns beauftragt Gespräche mit dem CCC aufzunehmen um eine Vernetzung und Mitwirkung der LHP im Netzwerk vorzubereiten. Der Antrag wurde ohne Überweisung beschlossen.

## Überwiesen

### Outdoor Wickeltische

Eltern mit kleinen Kindern müssen immer darauf gefasst sein, dass diese gewickelt werden müssen. Wenn sich Familien gerade auf dem Spielplatz befinden, behilft man sich in der Regel mit einer Bank oder dem Fußboden, was beides wenig komfortabel und teils auch gefährlich hinsichtlich der Sturzgefahr ist. Zudem stört man ggf. andere Personen im Umfeld und hygienisch ist es auch nicht. Hinzu kommt die fehlende Privatsphäre. Die Lösung hierfür sind Outdoor-Wickeltische. Deshalb wird der Oberbürgermeister beauftragt in jedem Sozialraum mindestens auf einem viel genutzten Spielplatz eine Outdoor-Wickelmöglichkeit zu schaffen. Der Antrag wurde in den Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft

und Entwicklung des ländlichen Raumes sowie den Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion überwiesen.

### Zeitnahe Beräumung von Baustellen

Immer wieder kommt es vor, dass Straßen und Wege nach Beendigung von Bauarbeiten teilweise wochenlang nicht für den Straßenverkehr freigegeben werden. Auch fehlt häufig die neue Beschilderung. Wir fordern den Oberbürgermeister auf, die Straßenbehörde anzuweisen, so zeitnah wie möglich, nach Beendigung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen und Plätzen, die Beräumung vorzunehmen, alle notwendigen Beschilderungen und Markierungen zu tätigen und die Wege freizugeben. An Stellen, an denen eine Umwidmung von Raum, z.B. Parkflächen in Radwege, stattgefunden hat, sollen Kontrollen der neuen Nutzung umgehend erfolgen. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit überwiesen.

## Wieso stimmt die Fraktion Sozial.DIE LINKE der Erhöhung der Unterbringungsgebühren für Geflüchtete zu?



Mit regelmäßigem Abstand beschließt die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung über die Höhe der Unterbringungsgebühren für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften der Stadt. So in der Dezembersitzung ge-

schehen, in der die Verwaltung unter Verweis auf Kostensteigerungen eine Erhöhung vorschlug. In der vorbereitenden Sitzung des Sozialausschusses stellte die Verwaltung jedoch dar, dass die Satzung für Geflüchtete ohne

Erwerbstätigkeit keine finanzielle Belastung bedeute. Die Kosten werden komplett durch die öffentliche Hand beglichen und bedeuten vielmehr einen Aufwuchs finanzieller Mittel im städtischen Haushalt, da 2/3 der Kosten durch den Bund getragen werden. Für erwerbstätige Geflüchtete präsentierte die Verwaltung zudem ein Modell, nach dem die Erhebung der Gebühren bei Familien nach maximal drei Personen gekappt werden, um sie an einer durchschnittlichen Miete für Familien zu orientieren. Darüber hinaus gebe es die Möglichkeit individuelle Härtefallregelungen mit der Verwaltung zu vereinbaren. Die Verpflichtung der Verwaltung zur Suche nach Entlastung wurde noch einmal durch einen Antrag in der Sitzung der SVV verstärkt.  
*Isabelle Vandre*

## Sportplatz Kirschallee – Vereinsleben stärken



Der Sportplatz an der Kirschallee wird sowohl von der Karl-Förster-Grundschule als auch von den Potsdamer Kickers genutzt. Für den Spielbetrieb ist er zu klein, paralleles Training ist kaum möglich. Ein Vereinsleben ist aufgrund fehlender Räumlichkeiten kaum möglich.

Der intensiv genutzte Sportplatz weist für die unteren Altersklassen die unteren Mindestmaße eines wettkampftauglichen Fußballfeldes auf (45m) und es können bei Bedarf zwei Spielfelder gleichzeitig genutzt werden. Ab

den Altersklassen E und D ist dies jedoch nicht möglich, da 55m benötigt werden und somit das Spielfeld quer genutzt wird.

Punktspiele parallel anzupfeifen oder ein ordentliches Turnier auf zwei (Klein-)Feldern zu spielen, ist auf diesem Platz ab 9 Jahren nicht mehr möglich.

Seit Jahren beschäftigt das Thema die Potsdamer Stadtpolitik. Vor 3 Jahren machten sich engagierte Stadtverordnete verschiedener Fraktionen auf den Weg, eine neue Fläche für den Sport

- und damit für die Kickers - zu finden. Es war und ist schwierig, bei jeder Fläche gab es Widerstand von Anwohnern. Sport ja, aber nicht vor meiner Haustür!

Deshalb haben wir einen anderen Weg gewählt, ohne die Suche zu vernachlässigen. Mit dem Antrag DS 21/SVV/0213 „Erweiterung des Sportplatzes Kirschallee“ wurde die Verwaltung beauftragt, eine bauliche Erweiterung des Fußballfeldes auf dem Sportplatz Kirschallee sowie eine Neugestaltung des Sportgeländes durchzuführen. Wir haben das Geld im Haushalt für die Planungen und Bauvorbereitungen bekommen und nach einiger Zeit gab es grünes Licht. Nun geht es im Januar 2024 los. Doch halt. Es fehlen die für das Vereinsleben notwendigen Funktionsgebäude. Für die weitere Arbeit des Vereins auf dem Gelände werden dringend mehr Lagerkapazitäten für Sportgeräte (zwei große Container) und ein Wasseranschluss in der Nähe des Fußballplatzes zur Abkühlung der Spieler in den Sommermonaten

benötigt. Derzeit wird das Wasser mit Eimern aus den Umkleieräumen der Schule geholt. Darüber hinaus ist für das Vereinsleben ein Objekt für den Verkauf von Getränken und Speisen wichtig.

Hierfür bietet sich die Aufstellung von jeweils einem Container an, um die Vereinsarbeit entsprechend zu unterstützen.

In der Stadtverordnetenversammlung am 6.12. 2023 haben wir die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten der temporären Nutzung von Containern zur Stärkung des Vereinslebens zu prüfen und bei positiver Prüfung im Zuge der Umbaumaßnahmen im ersten Quartal 2024 zu realisieren.

*Sascha Krämer*





## Das Rathaus zieht um

Bis zum Jahresende soll das altehrwürdige Stadthaus in der Friedrich-Ebert-Straße für die Sanierung komplett leer gezogen sein. 450 Beschäftigte ziehen seit Oktober nacheinander in ihre Übergangsbüros in der Edisonallee (FOTO).

Neben dem Oberbürgermeister zieht die Zentrale Verwaltung in die Edisonallee. Am Übergangs-

standort werden auch die Büros der Stadtverordnetenversammlung und der Fraktionen eingerichtet. So auch das der Fraktion sozial.dielinke. In dem Gebäudekomplex sollen künftig auch einzelne Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung tagen. Dafür stehen drei große Beratungsräume im Erdgeschoss zur Verfügung. Auch eine Kantine ist geplant. Neu ist ein Empfangs-

tresen, an dem sich Gäste informieren können.

Die Kfz-Zulassungsstelle und die Fahrerlaubnisbehörde wird mit in die Edisonallee ziehen. Der Bürgerservice wurde im November in der Yorckstraße 22 in barrierefreien Räumen eröffnet. Dort befindet sich auch das Fundbüro.

## Die Würde des Menschen unantastbar!

### Führerscheinverlust nach Antrag auf Behindertenparkausweis

Seit Monaten steht die Potsdamer Führerscheinstelle auf Grund ihres Umgangs mit Menschen, die einen Behindertenparkausweis beantragt haben in der Kritik. Es gibt Menschen, die in unserer Stadt ein Auto führen oder sogar darauf angewiesen sind und für die eine Parkerleichterung wichtig ist. Als sie eine solche Erleichterung beantragt hatten, wurden sie von der Führerscheinstelle aufgefordert, den Nachweis zu erbringen, dass sie überhaupt fahrtauglich sind. Trotz wiederholt vorgebrachter Argumentation in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung, dass die Forderung nach Erbringung eines Fahrtauglichkeitsnachweises eine Diskriminierung darstellt und rechtswidrig sei, erfolgte keine Reaktion. Dabei ließ der an den Tag gelegte Tonfall der Führerscheinstelle in den Anschreiben

die Menschen zusätzlich verzweifeln. In der Folge haben mehr als 40 Menschen ihren Führerschein abgegeben oder verloren. In 13 Fällen wurden Auflagen erteilt. Die bisherigen Erklärungen der Stadtverwaltung, dass dabei zu sehr nach den Regelungen vorgegangen worden ist, verdecken eine krass rechtswidrige Verfahrensweise und sind nicht ausreichend. Bisher erfolgte keine Entschuldigung von offizieller Seite. Es ist nicht nur an der Zeit, dies öffentlich nachzuholen, sondern auch den bei den Potsdamer:innen entstandenen Schaden wieder gutzumachen. Dazu gehört, umgehend alle Verfahren zu beenden und alle angefallenen Kosten zu erstatten. Weiter fordern wir, denjenigen Potsdamer:innen, die nach Beantragung der Verlängerung ihres Parkausweises für Menschen mit Behinderungen, die Auflage einer

Fahreignungsprüfung erhalten und in Folge dessen ihren Führerschein verloren oder abgegeben haben, für mindestens ein Jahr ein kostenloses Ticket der VIP im kompletten Tarifbereich der Landeshauptstadt zur Verfügung zu stellen.

*Tino Henning*

## IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam  
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per  
E-Mail an uns:  
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de  
Telefon: 0331/289 30 48  
Fax: 331/289 31 19  
Druck: Nordostdruck  
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

**Termin für telefonische  
Bürgersprechstunde  
Dezember**

**Dr. Sigrid Müller  
Fraktionsvorsitzende**

**Dienstag, 09.01.2024,  
16:00 – 18:00 Uhr  
Telefon: 0173 6171150**

**Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzender**

**Mittwoch, 18.01.2024,  
15.00 – 17.00 Uhr  
Tel.: 0172 / 514 38 25**

**Ida Karlotta Wiesig-  
strauch, Fraktionsge-  
schäftsführerin,**

**Mo - Fr: 10 -15 Uhr  
Edisonallee 5-9 in  
14473 Potsdam**

**Tel.: 0331 289 3048**

**Fraktionssitzung**

**Montags jeweils 18:00 Uhr  
im Lothar-Bisky-Haus,  
Alleestr. 3  
18.12.2023 entfällt**

**Nächste SVV:**

**Mittwoch, 24.01.  
15:00 Uhr, IHK Potsdam**

**E-Mail**

**sozial.dielinke@rathaus.  
potsdam.de**





## Demo für Gerechtigkeit

Zehntausend Menschen, die in Potsdam für linke Politik demonstrieren. So etwas hat diese Stadt wohl länger nicht gesehen. Rund 10.000 Landesbeschäftigte zogen am 7. Dezember 2023 durch Potsdams Straßen, um für Gehaltsplus und Tarifverträge zu demonstrieren. Dabei ging es um die Gehälter von knapp 2,5 Millionen Beschäftigten bei den Bundesländern. Zu dieser dritten Verhandlungsrunde des TV-L streikten die Gewerkschaften unter anderem für 10,5 % mehr Lohn, mindestens jedoch 500€.

Damit treten sie besonders für Beschäftigte am untersten Rand der Lohntabelle ein. Zudem beabsichtigen die Verhandlungsführer\*innen auch einen Tarifabschluss für studentisch Beschäftigte an den Universitäten. Bei der abschließenden Kundgebung am Bahnhof Pirschheide wurde betont, dass ein „Scheißeergebnis“, ohne TV-Stud, nicht akzeptiert werden würde. Das Verfassungsgerichtsurteil zur Schuldenbremse macht es den Ländern aktuell leicht mit knappen Finanzen gegen die gewerkschaftlichen Forderungen zu

argumentieren. Dem entgegenete der GEW-Verhandlungsführer Daniel Merbitz mit einer simplen und linken Lösung: „Banken und Superreiche ordentlich besteuern!“. Und er sprach von der Schuldenbremse als „Zukunftsbremse“. Er steht dabei für über 280.000 GEW-Mitglieder. Dazu kommt, dass der Streik gemeinsam mit ver.di, BAU und GdP bestritten wurde. Es zeigt sich wie effektiv die Gewerkschaften darin sind, Angestellte aus den verschiedensten Berufen miteinander zu solidarisieren. Fazit: Der Fokus auf die geteilte materielle Lage mobilisiert Menschen gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen.

*Anna Nold*

*Nach Redaktionsschluss: Arbeitgeber und Gewerkschaften haben in der dritten Tarifrunde einen Abschluss erzielt. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder erhalten Sonderzahlungen und ein Lohnplus von 5,5 Prozent.*

## Zehn Jahre nach Schließung der Haasenburg: Geschehenes Unrecht endlich entschädigen!

Am 19. Dezember 2013 verließen die letzten Kinder und Jugendlichen die drei Heime der Haasenburg in Neuendorf, Jessern und Müncheberg. Bildungsministerin Münch (SPD) hatte im Sommer 2013 zunächst nach schweren Missbrauchsvorwürfen eine unabhängige Kommission mit der Erstellung eines Berichts über die Haasenburg beauftragt. Nach dessen Veröffentlichung kam sie zum Schluss der Unreformierbarkeit und entzog die Betriebserlaubnis. Dieser Schritt war überfällig. Denn seit 2005 hatten Jugendliche immer wieder von Gewalt, Isolation und Zwang berichtet. Doch der Betreiber der Haasenburg klagte gegen die Schließung. Am 23. November dieses Jahres fällte nun

das Verwaltungsgericht Cottbus ein folgenschweres Urteil und gab dem Betreiber recht. Dieses Urteil ist für die ehemaligen Kinder und Jugendlichen ein herber Rückschlag. Denn sie leiden nach wie vor unter den Folgen der Erfahrungen und Erlebnisse. Viele der Betroffenen sind dauerhaft traumatisiert und arbeitsunfähig. Und auch ihre individuellen Entschädigungsklagen liegen mit Verweis auf das bis Ende letzten Monats ausstehende Grundsatzurteil zur Rechtmäßigkeit des Entzugs der Betriebserlaubnis z.T. seit Jahren auf Eis. Natürlich muss das Bildungsministerium gegen das skandalöse Urteil vorgehen. Dazu fordern wir die Landesregierung in einem Landtagsantrag im Dezemberplenar auf. Aber de facto wird

der Rechtsstreit und damit auch der Kampf der ehemaligen Jugendlichen um Anerkennung des ihnen Widerfahrenen und um Entschädigungen weiter verlängert. Als Bundesland, das die Heimaufsicht über die Einrichtungen der Haasenburg innehatte, hat Brandenburg eine besondere Verantwortung. Und diese verlangt nicht nur ein klares Signal, das wir weiter für die Rechtmäßigkeit der Schließung kämpfen. Diese Verantwortung muss eine direkte Unterstützung sein – in Form von Entschädigungszahlungen und der Finanzierung von Therapiemaßnahmen. Wir wollen mit unserem Antrag im Dezemberplenar, dass das Land zu seiner Verantwortung steht, sich ggü. den Kindern und Jugendlichen entschuldigt und die Einrichtung eines Entschädigungsfonds vorbereitet. Wir können das Leid nicht ungeschehen machen, aber wir können dazu beitragen, dass sie endlich die Chance erhalten es zu verarbeiten.

*Isabelle Vandre*

## KURZ & KNAPP AUS UNSERER STADT

### Potsdam zeigt Flagge

Anlässlich des Internationalen Aktionstags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen wurde am 25. November 2023 in Potsdam Flagge gezeigt. So wurden bereits am Vortag Fahnen vor dem Potsdamer Rathaus, dem Brandenburger Landtag und dem Brandenburger Frauenministerium gehisst

### Apotheken-Protest im November

In Ostdeutschland (Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen) haben sich am 29. November 2023 zahlreiche Apotheken am Protest gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung beteiligt und hatten deshalb ganz oder zumindest zeitweise geschlossen.

### Synagogenzentrum Potsdam auf der Zielgeraden

Der Bau des Synagogenzentrums für die jüdische Gemeinschaft in Potsdam nähert sich dem Ende. Das Synagogenzentrum wird nach der Übergabe des Gebäudes von der Zentralwohlfahrtsstelle als Treuhänderin betrieben. Im kommenden Jahr soll das Gebäude an die ZWST übergeben und eröffnet werden.

### Januar 2024: freier Eintritt für Azubis und Studierende im Hans-Otto-Theater

Das Hans-Otto-Theater wiederholt im Januar 2024 seine Freikarten-Aktion für Studierende und Auszubildende. Diesmal heißt sie: „Für Studis. Für Azubis. Für Umme.“ Den ganzen Monat über erhalten sie freien Eintritt zu allen Vorstellungen des Hans Otto Theaters (Premieren ausgenommen). Karten können ab eine Woche vor der jeweiligen Vorstellung gebucht werden. Möglich ist dies online unter [hansottotheater.de] (Aktionscode: „WILL-KOMMEN“) oder an der Theaterkasse. Der Einlass erfolgt nur mit Nachweis.

*Redaktion PaS/bm*



## Frauentag soll Feiertag sein

DIE LINKE hatte im vergangenen Jahr bereits einen Antrag im Landtag gestellt, den 8. März, den Internationalen Frauentag auch im Brandenburg zum Feiertag zu erklären. Dieser wurde leider von allen Fraktionen mit z.T. skurrilen Argumenten abgelehnt.

Wir haben nun zum Dezemberplenar einen Gesetzentwurf eingebracht der erneut den Versuch startet, diesen wichtigen Tag auch in Brandenburg zum Feiertag zu machen. Immerhin steht die Gleichberechtigung als Ziel und Verpflichtung auch in der Brandenburger Landesverfassung. Und wir haben auch mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen können, dass die SPD in Brandenburg auf ihrem Parteitag Ende November beschlossen hat, sich für einen solchen Feiertag einzusetzen. Jetzt hat sie die Gelegenheit dazu, gemeinsam mit uns und den anderen demokratischen Fraktionen, dieser Erklärung auch Taten folgen zu lassen.

Weltweit ist der Internationale Frauentag in 26 Staaten gesetzlicher Feiertag. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben in der Bundesrepublik eine Vorreiterrolle eingenommen. Und Brandenburg hätte dabei sein können.

Wir haben gerade in der vorletzten Woche 20 Jahre Partnerschaft mit der Woiwodschaft Großpolen gefeiert, und

sowohl der Ministerpräsident als auch der Marschall der Woiwodschaft haben in Ihren Reden bekundet, dass sie froh sind über die aktuellen Wahlen und die Veränderungen in Polen, nach der Abwahl der rechtspopulistischen PIS Regierung.

Gerade auch in Polen, aber auch in anderen Ländern waren und sind gerade Frauen zunehmend betroffen durch die Entscheidungen rechtspopulistischer Staatsführungen. In Polen und den USA wurde das Recht auf Abtreibung selbst nach Vergewaltigungen und bei Gefährdung des Lebens der Mutter abgeschafft.

Frauen sind gezielte Objekte kriegerischer oder terroristischer Angriffe, sexueller Gewalt und Angriffe auf ihre gesellschaftliche Teilhabe. Sei es bei dem fürchterlichen Angriff der Hamas am 7. Oktober, aber auch in Kriegen weltweit, im Kongo, in der Ukraine oder anderswo.

Frauen wird der Zugang zu Bildung zum öffentlichen Leben verwehrt, sie werden gedemütigt, bestraft, inhaftiert oder sogar getötet, z.B. aktuell im Iran oder in Afghanistan.

Es braucht den Feiertag um aufmerksam zu machen, auf die Situation von Frauen in der Welt und in Brandenburg,

denn es ist keineswegs so, dass die Situation von Frauen in Brandenburg so gut ist, dass es diese Zeit für den Kampf am 8.3. nicht braucht.

Wir haben durch die Corona Pandemie einen riesigen Rückschritt erlebt. Es waren die Frauen, die zu Hause geblieben sind, homeoffice, Beschulung der Kinder, - alte Rollenbilder haben sich wieder verfestigt, es war für viele Frauen auch ein regelrechter Karrierekiller. Gerade für Alleinerziehende ein riesiges Desaster. Die Zahlen häuslicher Gewalt und die der Tötung von Frauen sind angestiegen, wir beraten auch deshalb aktuell im Innenausschuss über ein Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt.

Wir haben weiterhin einen gender pay gap - also die Lücke zwischen dem was Männer und Frauen verdienen. Frauen gehören immer noch sehr viel häufiger als Männer zu von Armut betroffenen Menschen.

In den sozialen, systemrelevanten, aber gesellschaftlich nach wie vor unterbewerteten Berufen arbeiten vor allem Frauen, oft nicht ausreichend bezahlt, oft in Teilzeit, in der 10 % der Männer arbeiten, aber 47 % der Frauen.

In der Pflege arbeiten 87 % Frauen, in der frühkindlichen Bildung sogar 96 %.

Die geringe Bezahlung führt, genau wie die Teilzeitbeschäftigung, zu einer niedrigeren Rente. Und unberücksichtigt bleibt weiterhin, dass Frauen auch noch durchschnittlich viermal mehr Erziehungs-, Pflege- und Hausarbeit als Männer leisten.

Und in der Politik:

Seit 2004 geht der Frauenanteil an den Landtagsabgeordneten kontinuierlich zurück, aktuell sind nur noch 32 Prozent der Abgeordneten Frauen.

In Kreistagen und Stadtversammlungen liegt der Frauenanteil bei 28 Prozent, mit großen Differenzen je nach Kommune (zwischen 16 % und 46 %).

In Brandenburg gibt es in den 14 Landkreisen und 4 kreisfreien Städten insgesamt nur 2 Landrätinnen (11 %).

19 Prozent der Gemeinden in Brandenburg haben eine Bürgermeisterin.

Und das macht auch alles etwas mit der Kultur in der Politik. Lautstärke. Sexismus, familienfeindliche Uhrzeiten der Sitzungen, nachdem das Paritätsgesetz leider gescheitert ist, brauchen wir ein neues Signal, dass wir den Kampf um Gleichberechtigung nicht aufgeben haben. Ein Feiertag gibt auch den arbeitenden Frauen und Männern Gelegenheit an diesem Tag zu demonstrieren, sich zu vernetzen und Zeichen zu setzen. Deshalb fordern wir, den 8. März endlich zum Feiertag auch in Brandenburg zu erklären.

*Marlen Block  
Mitglied des Landtags  
Die Linke*





CORINNA GERLOFF WURDE AUF DER GMV ALS KREISVORSTANDSMITGLIED MIT GROSSER ZUSTIMMUNG NACHGEWÄHLT.

## Potsdamer Linke tritt für sozial-ökologische Wende an

Einstimmig haben wir am 25. November unser Kommunalwahlprogramm beschlossen. Unsere Genoss:innen kamen im Humboldt-Gymnasium zusammen, um den Grundstein für die im Juni 2024 anstehende Wahl zur Stadtverordnetenversammlung zu legen.

Das Programm enthält 10 Vorschläge wie wir die Stadt verändern wollen. Diese orientieren sich an den Problemen, die die Menschen in Potsdam haben, so ist für jede und jeden was dabei. Eine Neuerung ist, dass die Wählerinnen und Wähler geduzt werden. Das verdeutlicht unseren

Ansatz der Politik auf Augenhöhe. Die Wählerinnen und Wähler werden von uns direkt angesprochen. In ihrer Eröffnungsrede kritisierte die Kreisvorsitzende Iris Burdinski u. a. den geplanten Abriss des Staudenhofes mit deutlichen Worten: „Der Abriss von Gebäuden ist unsozial, unökologisch und in Zeiten knapper und teurer werdender Ressourcen in aller Regel auch nicht ökonomisch.“ Ein Schwerpunkt im Wahlprogramm liegt dann auch auf bezahlbares Wohnen. Wir wollen einen fünfjährigen Mietendeckel bei der ProPotsdam einführen und den privaten Wohnungsmarkt durch eine Meldestelle für Mietwucher, Leerstand und Zweckentfremdung stärker kontrollieren. Insgesamt stellen wir soziale und ökologische Verbesserungen in den Mittelpunkt der Programmatik. Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, wird ein schnellstmöglicher Ausstieg aus den fossilen Energieträgern bei den Stadtwerken sowie eine Solardachpflicht für öffentliche Gebäude und Neubauten gefordert. Ausdrücklich stellen wir uns zudem hinter die Potsdamer

Kleingärten, deren Erhalt und Ausbau das Ziel ist. Um den Umstieg in die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten, sollen diese ausgebaut und sich in schnellen Schritten hin zu einem fahrscheinlosen Nahverkehr bis 2028 entwickeln. Um Anreize für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu schaffen, soll die dauerhafte Abmeldung des eigenen PKW mit einer Potsdam AB-Jahreskarte belohnt werden. Grundsätzlich soll die Stadt an mehreren Stellen mehr Verantwortung übernehmen: Das gilt für die Schulreinigung genauso wie für den Bau neuer kommunaler KiTas.

Iris Burdinski fasste den Anspruch an das Programm in ihrer Rede folgendermaßen zusammen: „Die Menschen erwarten von uns nichts - nur gute Politik, die ihre Lebenssituation verbessert. Das, und nichts anderes, ist der Maßstab.“

*Tobias Woelki  
stv. Kreisvorsitzender*

Das ganze Programm ist unter [dielinke-potsdam.de](http://dielinke-potsdam.de) zu finden.

## Die Linke zieht Fazit zum Bundesparteitag 2023

### Der Augsburger Bundesparteitag der Partei DIE LINKE war ein echtes Aufbruchssignal

„Gemeinsam schlagen wir ein neues Kapitel auf“, so Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender der Partei Die Linke. Der Europaparteitag stand unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. #nurmitlinks“. Der frisch gewählte Spitzenkandidat für die Europawahl und Parteivorsitzende Martin Schirdewan zeigte in Augsburg Haltung: »Wenn alle anderen Parteien nach rechts marschieren, dann bleiben wir links. Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, konsequente Friedenspolitik und klare Kante gegen rechts gehören zur DNA der Linken«. Der Europaparteitag verabschiedete mit großer Mehrheit das Wahlprogramm zur Europawahl.

Die Stoßrichtung des Programms ist klar: »Wir kämpfen für eine Übergewinnsteuer auf die Krisengewinne der Konzerne, höhere Steuern für Superreiche

und eine Vermögensabgabe für Milliardäre. Es gibt kein Recht auf Profit. Aber es gibt ein Recht auf Wohnen, auf Nahrung und auf Energie«, so Schirdewan. Die Delegierten beschlossen zudem eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde. Außerdem fordert Die Linke die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz. Ein entsprechender Antrag wurde in Augsburg mit überwältigender Mehrheit angenommen.

»Wir wollen unsere Partei stärken und weiterentwickeln. Lasst uns den Blick nach vorn richten«, so Schirdewan. Dazu gehört auch eine neue Mitgliederkampagne „Eine Linke für alle“, die Menschen aus Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zusammen mit der Linken entwickelt haben, um alle einzuladen, die Rechtsruck und Sozialabbau etwas entgegensetzen wollen.

Ein neuer Look: Das neue Logo und das neue Corporate Design der Linken, das auf dem Parteitag präsentiert wurde (FOTO), unterstreicht die Erneuerung. Das neue Logo strahlt nun in einem kräftigen Rot. „Damit wollen wir ein Zeichen setzen. Unser neues Erscheinungsbild ist eine Weichenstellung für die Europawahl, die Kommunalwahlen und die drei Wahlen in Ostdeutschland“, erklärt Schirdewan.

Vor allem aber die Nominierung der Spitzenkandidatin Carola Rackete und des Sozialmediziners Gerhard Trabert machen deutlich, dass Die Linke den Neustart wagt. Die Bundesvertreter\*innenversammlung der Linken wählte die Klimaaktivistin Rackete mit mehr als 77 Prozent auf Platz 2. Der Parteivorsitzende Martin Schirdewan wurde zuvor mit fast 87 Prozent auf Listenplatz 1 gewählt. Auf den Plätzen 3 und 4

folgen Özlem Alev Demirel-Böhlke (62,0%) und der Sozialmediziner Gerhard Trabert (96,8%).

»Der Augsburger Parteitag ist der Startschuss für die Erneuerung der Linken«, so das Fazit von Janine Wissler. »Die Konflikte in den letzten Jahren haben uns zunehmend gelähmt und waren nicht mehr aufzulösen. Umso wichtiger, dass der Parteitag nun deutlich gezeigt hat, wie lebendig, wie kämpferisch und entschlossen die Genossinnen und Genossen sind, für unsere Ziele zu kämpfen und mit uns weiterzugehen.«

# Rote-Schleifen-Aktion zum Welt-Aids-Tag

Seit mehr als 30 Jahren findet jedes Jahr am 1. Dezember der Welt-Aids-Tag statt. Er bekräftigt die Rechte der HIV-positiven Menschen weltweit und ruft zu einem Miteinander ohne Vorurteile und Stigmatisierung auf. Außerdem erinnert der Welt-Aids-Tag an die Menschen, die an den Folgen von HIV und Aids verstorben sind. Die Rote Schleife ist ein Zeichen der Solidarität mit Menschen, die mit HIV leben.

Auch in Potsdam wurde am diesjährigen 1. Dezember 2023 die traditionelle Rote-Schleifen-Aktion auf der Brandenburger Straße, Ecke Dortustraße durchgeführt. Der Welt-Aids-Tag steht dieses



Jahr unter dem Motto „Leben mit HIV. Anders als du denkst?“. Schwerpunkt der bundesweiten Kampagne ist der Abbau von Diskriminierung. Dabei sind viele Vorurteile und Unwissenheit im Umlauf. Insbesondere die verbreitete Angst vor Ansteckung ist unbegründet, da bei Alltagskontakten keine Übertragung möglich ist und selbst bei ungeschütztem Geschlechtsverkehr mit HIV-Positiven unter wirksamer Therapie keine Ansteckungsgefahr besteht.

Unter anderem unterstützten die traditionelle Rote-Schleifen-Aktion in der Potsdamer Innenstadt die Genossinnen Anita Tack und Isabelle Vandré (siehe FOTO).

## +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

### Wie gehen wir mit der Erinnerung an die DDR um?

Diese Frage steht im Zentrum der Ausstellung „Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur“, die seit dem 4. Dezember in der Volkshochschule im Bildungsforum (VHS) zu sehen ist. Sie ist ein Beitrag zum Erinnerungsjahr 2024, in dem die doppelte deutsche Staatsgründung 75 Jahre und die Friedliche Revolution 35 Jahre zurückliegen. Die Texte und Fotografien der Ausstellung erzählen eindrücklich vom Umgang mit der Geschichte der „SED-Diktatur“ und der staatlichen Teilung seit dem Ende der DDR. Die DDR werde akribisch archiviert, analysiert, diskutiert und in Filmen und Theaterstücken neu inszeniert. In den ersten Jahren nach der „Wiedervereinigung“ wurden bis dahin streng geheime Archive herangezogen, um erlittenes Leid zu dokumentieren, Schuld oder Unschuld zu beweisen, die eigene Politik zu legitimieren oder den politischen Gegner zu diskreditieren. Damals wurden Worte neu gebildet oder geprägt, die bis heute Emotionen wecken, wie etwa Evaluation und Abwicklung, „gaucken“, Treuhand, Wendehals, Seilschaft, Jammerossi oder Besserwessi. In den 1990er Jahren wurden in Ostdeutschland unzählige Straßen umbenannt. Die meisten Denkmäler und Kunstwerke, die an den untergegangenen „Staatssozialismus“ erinnerten, wurden aus

dem öffentlichen Raum entfernt. Während immer mehr Gedenkstätten, Straßen und Plätze an Opposition und Widerstand sowie an die Opfer der Diktatur erinnern, zieren die Symbole der DDR bis heute so manche Datsche, werden auf Demonstrationen gezeigt oder auf Lebensmittelkonserven gedruckt...

Zu sehen ist die Ausstellung bis zum 26. Februar 2024 zu den Öffnungszeiten der Volkshochschule (montags bis freitags, 8 bis 21 Uhr).

### Sonderausstellung „Auf dem rechten Auge blind...“ wird verlängert

Die Sonderausstellung „Auf dem rechten Auge blind... Politische Justiz in Potsdam zwischen 1919 und 1933“ in der Gedenkstätte Lindenstraße wird bis zum 17. März 2024 verlängert. Die Sonderausstellung blickt kritisch auf die Rechtsprechungspraxis am Potsdamer Amts- und Landgericht in der Zeit der Weimarer Republik. Die Schau präsentiert bisher kaum thematisierte Aspekte der Potsdamer Stadtgeschichte in der Zeit der Weimarer Republik und ergänzt die Hausgeschichte des Justiz- und Haftkomplexes in der Lindenstraße 54/55 als Ort der Untersuchungshaft und des politischen Unrechts um wesentliche neue Erkenntnisse. Die Tendenz „Milde gegen rechts, rigide Härte gegen links“ ist auch in Potsdam

nachweisbar. Sie bekräftigt die zeitgenössische Einschätzung, dass die Justiz „auf dem rechten Auge blind...“ war.

### Unsere Buchempfehlungen für den Gabentisch:

#### Dirk Oschmann „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“

Ein feuriges Buch, keine Frage. Aber vielleicht genau die Schärfe, die nach über 33 Jahren Selbstgerechtigkeit und eitler Bevormundung einfach mal dran ist. Damit die so Selbstgefälligen in ihrer westdeutschen Wehleidigkeit endlich mal aufhören, immerfort zu sagen, wie der Osten und die Ostdeutschen eigentlich sind. Es ist ihr Konstrukt von einer Ecke Deutschlands, von der sie keine Ahnung haben, die ihnen so fremd ist wie die Rückseite des Mondes. Oschmann weiß

schon sehr genau, wem er da kräftig auf die Füße tritt. Zeit wurde es, könnte man sagen. Bernd Martin

### „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ und andere

Hierzulande kennen wir tschechische Märchen vor allem durch die beliebten Verfilmungen – „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ etwa gehört inzwischen zum Pflichtprogramm in der Adventszeit. Der reich gebildete Band enthält unter anderem Texte aus den Märchensammlungen Karel Erbens und Božena Němcová, die in Tschechien so bekannt sind wie die Grimms in Deutschland. In diesem Band sind mehr als 40 Märchen aus Böhmen und Mähren enthalten - in Erich Ackermann: „Tschechische Märchen“ Katrin Lauruschkat

### ++Termine ++ Termine++

**13.12.2023, ab 6 Uhr**  
(Hauptbahnhof Potsdam, Eingang Tramseite)

DGB verteilt Lebkuchen an Pendler:innen

**13.12.2023, 19 Uhr**  
Kosmos im Rechenzentrum (Dortustr. 46)

Diskussion/Vortrag: „Immer wieder Inflation. Das Sys-

tem hinter den steigenden Preisen“ aus der Reihe „Wir wollen's wissen“ mit Solidarisches Potsdam

**16.12.2023 9 bis 12 Uhr,**  
Nauener Tor

Infostand - DIE LINKE vor Ort

**03.01.2024, 17-19 Uhr**  
rotbloq (Zeppelinstr.7)  
Kostenlose Sozial- und Rechtsberatung